

Erneute Bestätigung von Befunden der Parteimitgliederforschung

Walter-Rogg, Melanie und Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Parteien, Parteieliten und Mitglieder in einer Großstadt, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, 369 Seiten, € 34,90.

Der Sammelband ist aus einem von *Oscar W. Gabriel* und *Melanie Walter-Rogg* geleiteten Projektseminar hervorgegangen, in dessen Verlauf knapp 1.300 Mitglieder der Stuttgarter Kreisverbände von CDU, SPD, FDP und Grünen schriftlich befragt wurden. Die Autoren – allesamt Studenten, Diplomanden oder Wissenschaftler an der Universität Stuttgart – widmen sich in insgesamt dreizehn Artikeln der gesamten Breite des Forschungsfeldes „Parteimitglieder“. Dabei geraten die Motive und das Verhalten der Parteiangehörigen ebenso in den Blick wie deren Einstellungen. Ein Anhang mit sozialstrukturellen Angaben zu den Stuttgarter Parteiangehörigen und einer nützlichen Übersicht über die bislang durchgeführten deutschen Mitgliederstudien schließt die Publikation ab.

In ihrer Einleitung bewerten *Gabriel* und *Walter-Rogg* die politikwissenschaftlichen Kenntnisse über die deutschen Parteimitglieder als sehr gering. Nach ihrer Auffassung „zählt dieses Feld auch heute noch zu den weißen Flecken auf der Landkarte der empirischen Politikforschung“ (S. 13). Dieses Urteil überrascht, schließlich wurden allein seit 1990 fünfzehn Mitgliederstudien zu den deutschen Parteien durchgeführt (S. 313 – 320). Ebenso erstaunlich wirkt die Einschätzung der Herausgeber, die vorhandenen Untersuchungen seien „überwiegend deskriptiv“ und „in ihren Fragestellungen und Vorgehensweisen nicht aufeinander abgestimmt“ (S. 13). Dem steht entgegen, dass mehrere Beiträge die Ergebnisse bisheriger Untersuchungen bestätigen und dies auch explizit vermerken (vgl. zum Beispiel die Seiten 46, 68, 90, 124, 173) und darüber hinaus – wie dem dokumentierten Fragebogen (S. 324 – 344) zu entnehmen ist – weitgehend auf Erhebungsinstrumenten basieren, die in anderen Studien bereits Verwendung fanden.

Wie die Beiträge im Einzelnen zeigen, scheint das Hauptmanko der Mitgliederforschung auch weniger die fehlende Kenntnis über die Angehörigen der Parteien und deren inner- und außerparteiliches Wirken zu sein als die mangelnde Beachtung, die den vorliegenden Ergebnissen in der Debatte über den Zustand und die Zukunft der Parteien geschenkt wird. Dies ist umso ärgerlicher, als immer wiederkehrende Behauptungen über Parteimitglieder einigen bereits mehrmals bestätigten und auch in diesem Sammelband vorgebrachten Befunden entgegenstehen. So wird zuweilen unterstellt, dass mittlerweile viele Mitglieder ihren Parteien nur noch angehören, um ihr berufliches und / oder politisches Fortkommen zu befördern. Dabei weisen alle bislang vorliegenden Studien – ebenso wie die Beiträge von *Frank Müller* und *Rainer Traub* sowie *Damagoj Caleta, Eusebia Cochliaridou* und *Ananda Milz* – nach, dass normativ-expressive Motive für die Zugehörigkeit zu einer Partei und das Engagement in ihr wesentlicher sind als instrumentelle Erwägungen. Ebenso wenig besitzt die gern wiederholte Vermutung, die Parteien hätten sich in ihren politischen Einstellungen und Forderungen einander bis zur Unkenntlichkeit angenähert, für die Ebene der Mitglieder Gültigkeit. Wie in den meisten Vorläuferuntersuchungen treten auch in den Analysen von *Jochen Welter* und *Michael Lateier* sowie von *Melanie Walter-Rogg* „signifikante inhaltliche Unterschiede zwischen den Parteien“ (S. 230) zu Tage. Mit Blick auf mögliche parteiinterne Reformen wird mitunter behauptet, dass Parteiaktivisten diesen eher ablehnend gegenüberstünden, da sie ansonsten einen

Teil ihres Einflusses an die Parteibasis abtreten müssten. *Walter-Rogg* und *Alexandra Mößner* weisen jedoch, genau wie ein in dieser Zeitschrift erschienener Artikel von *Malte Lübker*¹, nach, dass Parteieliten durchaus bereit sind, einfachen Mitgliedern mehr Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Und um ein letztes Beispiel zu nennen: Innerhalb der Parteien sind ressourcenstarke und insbesondere höhergebildete Bürger zwar stark überrepräsentiert (S. 304), allerdings beteiligen sich auch ressourcenschwächere Mitglieder – entsprechende Einstellungen und Motive vorausgesetzt – am Parteileben (S. 64 und 66). Darüber hinaus schwächt, wie *Gabriel* nachweist, das innerparteiliche Engagement die Effekte der Ressourcenausstattung auf die außerparteiliche Partizipation in Vereinen und Zusammenschlüssen ab (S. 91). Die Parteimitgliedschaft erweist sich somit als geeignetes Betätigungsfeld für ressourcenschwache Bürger, das allerdings gerade von ihnen immer seltener genutzt wird.

Bislang gelingt es allzu selten, mit diesen und ähnlichen Befunden in die allgemeine Diskussion über die Fortentwicklung der Parteien vorzudringen, obwohl deren parteien- und zum Teil auch demokratietheoretische Relevanz für die Debatte offenkundig ist. Die Ursachen für dieses Manko sind sicherlich vielfältig. Eine Rolle spielt gewiss die Art und Weise, wie die vorhandenen Kenntnisse der Parteimitgliederforschung häufig dargeboten und eingeordnet werden. Leider stellt die vorliegende Publikation in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar. Sämtliche Beiträge nehmen den Stand der Parteimitglieder- und der Partizipationsforschung zwar auf und prüfen die Daten sehr detailliert, aber es fehlt an einer Gesamtschau, die die übergreifende Relevanz der Ergebnisse herausarbeitet. Ein Abschlusskapitel, das aufzeigt, inwiefern die vorgelegten Befunde für die Mitgliederforschung, die Partizipationstheorien oder die Parteien selbst von Belang sein könnten, hätte dem Sammelband sicherlich gut getan und dessen Rezeption über den engen Kreis der Parteimitgliederforscher hinaus erleichtert.

Heiko Biehl

Heterogene Einblicke in die heterogene Wirklichkeit von Kleinparteien

Jun, Uwe, Henry Kreikenbom und Viola Neu (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2006, 320 Seiten, € 34,90.

Der von den drei Politikwissenschaftlern *Uwe Jun*, *Henry Kreikenbom* und *Viola Neu* herausgegebene Sammelband zu kleinen Parteien ist das Ergebnis einer Konferenz im Mai 2005, die gemeinsam vom Arbeitskreis „Parteienforschung“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, des Bildungswerks Thüringen, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der approxima Agentur für Markt- und Sozialforschung durchgeführt wurde. Die da-

1 *Malte Lübker*, Mitgliederentscheide und Urwahlen aus Sicht der Parteimitglieder. Empirische Befunde der Potsdamer Mitgliederstudie, in: *ZParl*, 33. Jg. (2002), H. 4, S. 716 – 739.